

der Weltwirtschaftskrise einen Überschuss im Haushalt erwirtschaftet haben.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Was haben Sie damit gemacht?)

Davon haben Sie 35 Jahre lang nur träumen können.

(Beifall von CDU und FDP – Markus Töns [SPD]: Der Milliardenversenker sitzt auf der Regierungsbank! – Weitere Zurufe)

Dass Sie, Herr Jäger, der Sie aus einer Stadt kommen, in der Sie viele Jahrzehnte lang Verantwortung tragen und seit 1992 nicht einen einzigen Haushalt hinbekommen haben, sich hinstellen und andere Leute der Unseriösheit

(Gisela Walsken [SPD]: Das heißt Unseriosität!)

bezichtigen, ist in der Tat so, als würde der Brandstifter die Feuerwehr rufen. Sie sind mit Sicherheit nicht derjenige, dem die Kommunen vertrauen können.

(Widerspruch von Ralf Jäger [SPD])

Die Kommunen wissen, dass wir über viele Jahre hinweg konsolidiert haben –

(Widerspruch von SPD, GRÜNEN und Rüdiger Sagel [fraktionslos])

gerade auch im eigenen Bereich. Wir haben uns Reformen im eigenen Bereich zugetraut, die Sie natürlich befördert haben mit der Unterstützung von Demonstrationen von Interessengruppen.

(Horst Becker [GRÜNE]: Im nächsten Jahr um diese Zeit wird es besser! Dann sind Sie weg! – Gisela Walsken [SPD]: Das letzte Mal mit Minister Wolf!)

Sie haben sich alle dahintergestellt. Wir haben dem getrotzt. Wir haben die strukturellen Verbesserungen im Haushalt erreicht. Wir werden auch mit dieser Krise fertig werden.

(Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

Wir werden daran arbeiten, dass Nordrhein-Westfalen gestärkt aus dieser Krise hervorgeht. Das werden wir schaffen. Dabei werden Sie – da bin ich mir ganz sicher – keine Rolle spielen. – Danke.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Herr Minister, es gibt noch eine Zwischenfrage.

Meine Damen und Herren, wir kommen zur Abstimmung über die **Beschlussempfehlung** zum Gemeindefinanzierungsgesetz **Drucksache 14/10217**. Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – CDU und

FDP. Wer ist dagegen? – SPD und Grüne und Herr Sagel. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist diese Beschlussempfehlung und damit das **Gemeindefinanzierungsgesetz angenommen**. Über die Rücküberweisung des GFG zur Vorbereitung der dritten Lesung werden wir morgen zusammen mit dem Haushaltsgesetz entscheiden.

Ich rufe auf:

Einzelplan 03 Innenministerium

Ich weise darauf hin, dass hierzu die Beschlussempfehlung Drucksache 14/10203 vorliegt. Außerdem gibt es Änderungsanträge der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Es handelt sich um die Nummern 1 bis 9 der Tischvorlage.

Ich eröffne die Beratung für den

Teilbereich Innen und Verwaltungsstrukturreform

und erteile Herrn Dr. Rudolph von der SPD-Fraktion das Wort.

Dr. Karsten Rudolph (SPD): Liebe Genossinnen ...

(Heiterkeit)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Freunde! Genossinnen und Genossen sind auch hier, und es werden bei der nächsten Landtagswahl mehr werden.

(Heiterkeit und Zurufe)

– Sie können ruhig feixen. Das Wort vom Kollegen Jäger war schon richtig. Es verbreitet sich der Eindruck, dass der Innenminister seinen letzten Haushalt vorstellt. Ich kann nur sagen: Hoffentlich ist das so. Es ist gut für die Polizei, wenn wir demnächst einen anderen, einen richtigen Innenminister in Nordrhein-Westfalen haben, der vor allen Dingen so auf die Polizei achtet, wie sie es verdient hat.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Sie können Ihre Parteiveranstaltungen nicht von parlamentarischen Debatten unterscheiden, Herr Kollege!)

– Ja, ja. In dem Punkt sind Sie mein bester Ratgeber.

Herr Papke, ich möchte Ihren Blick auf die parlamentarische Situation lenken. Wir behandeln hier den Haushalt für das Innere. Ich möchte Sie insbesondere für die Stellensituation unserer Polizei interessieren, weil diese in der Tat eine genauere Betrachtung verdient. Diese Betrachtung ist auch für die Mitglieder der Regierungskoalition lohnend,

glaube ich. Offenbar werden sie durch den Minister und das Ministerium genauso irreführend informiert wie die Öffentlichkeit.

Sie erinnern sich alle, dass diese Koalition damals mit dem Versprechen angetreten ist, sie werde die Anwärterzahlen bei der Polizei verdoppeln. Das ist nur einige Jahre her. Dieses Versprechen ist eingekassiert worden. Die Opposition, namentlich die SPD, hat gefordert und gedrängt, dass die Zahl der Polizeianwärter verdoppelt wird. Das ist dann endlich – wie wir finden: viel zu spät – 2008 passiert.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)

Es war auch deshalb zu spät, weil für die Zukunft kein wirklicher Effekt auf die Entwicklung bei der Altersstruktur zu spüren ist.

Gleichzeitig hat es die Regierung gut verstanden – an dieser Stelle muss man ihr ein Lob aussprechen –, vor der Öffentlichkeit zu verbergen, dass über die ganzen Jahre deutlich Personal bei der Polizei abgebaut wurde.

Ich bin der Gewerkschaft der Polizei, der GdP, deshalb außerordentlich dankbar dafür, dass sie noch einmal genau in den Haushalt geschaut und nachgerechnet hat, wie die Bilanz von Schwarz-Gelb aussieht, wenn es um die Polizei geht.

Die Bilanz besteht darin, dass wir im Jahr 2005 39.457 Polizeibeamte hatten und im Jahr 2010 38.436 haben werden. Die besondere Leistung dieser Landesregierung für die innere Sicherheit liegt also darin, dass sie in der Regierungszeit von Schwarz-Gelb gegenüber Rot-Grün 1.021 Polizeistellen in Nordrhein-Westfalen abgebaut hat. Das kann ich Ihnen auch noch einmal schön in einem Diagramm zeigen.

(Dr. Karsten Rudolph [SPD] hält ein Diagramm hoch.)

Sie sehen die Entwicklung. Wir reden dabei nur über die Beamten, nicht über die Tarifbeschäftigten.

Da ist noch ein Unterschied festzustellen. Rot-Grün hat versucht, die Zahl der Tarifbeschäftigten zu erhöhen. Das hatte einen Grund. Wir möchten qualifizierte und motivierte Polizeibeamte von Verwaltungstätigkeit entlasten. Diese Entlastung, damit Polizei wirklich fahndet und nicht verwaltet, war der Hintergrund unserer Anstrengungen dafür, die Zahl der Tarifbeschäftigten zu erhöhen.

Meine Damen und Herren, während es im Jahr 2005 insgesamt 5.981 Tarifangestellte im Bereich der Polizei gab, wird es im Jahr 2010 noch 5.579 geben. Das heißt, es hat einen Abbau von 402 Stellen im Tarifbereich der Polizei gegeben.

Eine klare Botschaft und ein Ergebnis ist: Wo Schwarz-Gelb regiert, gibt es weniger Polizei auf den Straßen als unter Rot-Grün. Das sehen wir am Beispiel Nordrhein-Westfalens.

(Beifall von der SPD)

Es gibt weniger bürgernahe Polizei. Es wird nicht mehr gefahndet, sondern bei der Polizei in Nordrhein-Westfalen wird mehr verwaltet als jemals zuvor.

Eines möchte ich noch an die Adresse der Kolleginnen und Kollegen von der CDU sagen. Ihr Vorschlag einer Angestelltenhilfspolizei ist – ich möchte es freundlich formulieren – ein grobes Versehen, was die Stellensituation und die Stellenentwicklung der Polizei in Zukunft betrifft. Auf die Stellen bei der Polizei bezogen bedeutet der Vorschlag, angestellte Hilfskräfte einzustellen, doch nichts anderes, als bei den ordentlichen Tarifbeschäftigten und bei den Polizeibeamten zu sparen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, deshalb bitte ich Sie um Folgendes: Wenn Sie uns im Parlament vorschlagen, Hilfspolizisten anzustellen, sagen Sie der Polizei und der nordrhein-westfälischen Öffentlichkeit bitte auch, wie viele Stellen Sie im Gegenzug bei den ordentlichen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten sowie bei den Tarifbeschäftigten dafür sparen wollen; denn obendrauf gibt es diese Kräfte nicht. Das zeigt Ihre Regierungspraxis.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich will noch ein Wort zu einem Thema sagen, welches das Parlament in den letzten Wochen und Monaten sehr beschäftigt hat. Ich will die Anwesenheit des Regierungschefs nutzen und ihn zitieren. Bezogen auf die Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst Nordrhein-Westfalens gibt es folgenden Satz von ihm: 1:1 wird Nordrhein-Westfalen den Tarifabschluss für die Beamten übernehmen. – Davon, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, ist kurze Zeit später keine Rede mehr gewesen. Das war kein Versprechen, das war ein Versprecher. Man könnte es auch Wortbruch oder Vertrauensbruch nennen.

(Gerd Stüttgen [SPD]: Wie so oft!)

Deshalb kann ich nur feststellen, dass die schwarz-gelbe Bilanz eine Fortsetzung der Politik der Sonderoper im öffentlichen Dienst ist, die Sie beklagt haben, abstellen wollten, aber umso intensiver betrieben haben, seitdem Sie an der Regierung sind.

(Beifall von der SPD)

Johannes Rau hat einmal gesagt, dass der einfachste Weg, Glaubwürdigkeit zu gewinnen – das zu tun, was man sagt, und das zu sagen, was man tut –, schwer genug ist. Diese Regierung tut in der Innenpolitik nicht das, was sie sagt, und sie sagt nicht, was sie tut.

(Beifall von der SPD)

Meine Redezeit reicht nicht aus, um das mit vielen konkreten Beispielen zu belegen.

Ich will stattdessen noch auf die organisierte Kriminalität zu sprechen kommen. Neulich stand in der

Presse ein Satz, der vom Bund der Kriminalbeamten stammte. Ich zitiere: Der Innenminister bekämpft nicht die Kriminalität, sondern die Kriminalpolizei. – Dieser Satz ist meines Erachtens ein in der Geschichte nicht nur unseres, sondern auch anderer Bundesländer einzigartiger Satz. Er wirft ein bezeichnendes Licht auf das Verhältnis – von einem Vertrauensverhältnis kann man nicht sprechen –, das der oberste Dienstherr zur Polizei insgesamt, im Besonderen aber zur Kriminalpolizei pflegt.

Der Satz hat gute Gründe, denn wenn man sich einmal die Aktivitäten des Innenministers nach dem Sechsfachmord in Duisburg anschaut, stellt man fest, dass der Innenminister eine bemerkenswerte Dickfelligkeit im Hinblick auf die Bekämpfung der Mafiakriminalität aufweist. Bis heute ist da überhaupt nichts zu erkennen.

Und in dem Konflikt zweier Rockergruppen musste wieder erst etwas passieren, ehe der Innenminister wach wurde. Dann folgte einerseits Aktionismus und andererseits Hilflosigkeit, als es um die nicht nur von der SPD, sondern auch von anderen Fraktionen gestellte konkrete Frage ging, was eigentlich wirksame Maßnahmen wären, um in Nordrhein-Westfalen das Geschehen in offensichtlich bestehenden rechtsfreien Räumen wirkungsvoll polizeilich zu bekämpfen. Bis heute kann der Innenminister keine Antwort darauf geben.

(Beifall von der SPD)

Daraus ziehe ich folgendes Fazit: Die Dunkelfeldkriminalität wird, seitdem Schwarz-Gelb regiert, kaum noch bekämpft. Das Ziel Ihrer Regierungspolitik liegt darin, die Fallzahlen zu reduzieren und die Statistik zu schönen. Sie setzen die Politik bewusst vorrangig in Deliktsfeldern wie der Einbruchs- und Raubkriminalität ein, um gute Zahlen in der Statistik zu erzielen, aber Sie vernachlässigen absichtlich den komplizierten Kampf gegen die Rauschgiftkriminalität, gegen die Computerkriminalität und gegen die Wirtschaftskriminalität, also die besonders sozialschädlichen Formen von Kriminalität.

Sie treten mit einem Programm an, das „Null Toleranz“ bei den Kleinkriminellen verspricht. Ich würde mir wünschen, dass der Innenminister und die gesamte Koalition endlich auch einmal „Null Toleranz“ zur organisierten Kriminalität von Rockerbanden, der Mafia oder anderen Gruppen sagen.

(Sören Link [SPD]: Oder beim CDU-Generalsekretär!)

Aus aktuellem Anlass – heute tritt die IMK zusammen – noch ein letztes Wort: Ich fordere Sie, Herr Innenminister auf, liberales Profil zu zeigen!

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das kann er doch gar nicht!)

Es ist noch nicht zu spät; diese Legislaturperiode hat noch ein paar Monate. Sorgen Sie bitte dafür, dass es eine abschließende Lösung der Bleibe-

rechtsproblematik in Nordrhein-Westfalen und in Deutschland gibt. Zehntausende von Familien mit Kindern, die sich seit vielen Jahren in unserem Land befinden, sollen nicht länger nur geduldet werden. Sie brauchen vielmehr eine verlässliche Aufenthaltserlaubnis. Deswegen meine herzliche Bitte: Zeigen Sie liberales Profil, zeigen Sie Menschlichkeit und Humanität, und zeigen Sie, dass Sie vielleicht doch noch imstande sind, zumindest in Ansätzen eine vorausschauende Politik zu betreiben! – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Rudolph. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der CDU Herr Abgeordneter Kruse das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Theo Kruse (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch der Haushaltsplan 2010 – in diesem Falle Einzelplan 03 – verdeutlicht einen der Schwerpunkte des seit 2005 eingeschlagenen Weges der schwarz-gelben Landesregierung: eine Politik für mehr Sicherheit und weniger Bürokratie zu betreiben.

Die Sicherung des inneren Friedens, der Schutz des Staates und die Verhinderung von Straftaten sind klassische hoheitliche Aufgaben. In Deutschland sehen sich die Länder vor die Aufgabe gestellt, festzulegen, welche Sicherheitsaufgaben sie künftig in einem deutschen und europäischen Sicherheitsverbund wahrnehmen wollen und können.

Innere Sicherheit war in Nordrhein-Westfalen lange Zeit ein Randthema der politischen Agenda. Innere Sicherheit wurde aus unserer Sicht vonseiten der Politik nur verwaltet, aber nicht gestaltet.

Das haben wir geändert. Mit der Übernahme der Regierungsverantwortung im Jahr 2005 haben wir begonnen, Nordrhein-Westfalen sicherer zu machen. Es galt, sich wieder auf die Kernaufgaben der Polizei – nämlich auf Gefahrenabwehr, auf Strafverfolgung und Verkehrssicherung – zu konzentrieren. Der von uns eingeschlagene Weg erfordert Kraft und Mut. Bis sich tatsächliche Erfolge sowie gravierende Verbesserungen und Veränderungen einstellen, vergeht Zeit, da auch Kriminalität dem Wandel unterliegt und wir bedauerlicherweise eine Vielzahl von neuen Formen der Kriminalität registrieren.

Doch wir haben den von der rot-grünen Vorgängerregierung betriebenen Personalabbau bei der Polizei gestoppt und die Verjüngung der Polizei eingeleitet. Seit dem vergangenen Jahr werden jährlich 1.100 Polizeianwärterinnen und -anwärter – und damit mehr als doppelt so viele junge Polizistinnen und Polizisten wie in der Vergangenheit – eingestellt.

Diesen dringend notwendigen Prozess der Personalentwicklung werden wir auch im nächsten und im übernächsten Jahr fortsetzen. Zu dieser langfristig angelegten Personalentwicklung gibt es aus unserer Sicht keine Alternative. Wir haben dafür gesorgt, dass 841 Stellen bei der Polizei erhalten bleiben, die von der rot-grünen Vorgängerregierung mit einem sogenannten kw-Vermerk versehen worden waren.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Polizei ist ein klassischer Bestandteil der öffentlichen Verwaltung und bildet zugleich einen zentralen Bereich der eingreifenden Verwaltung. Ausreichende Präsenz der Polizei im öffentlichen Raum ist Grundvoraussetzung sowohl für die Prävention als auch für die schnelle Intervention. Deswegen war es richtig, dass wir die Polizei neu organisiert, die Polizeiebene bei den Bezirksregierungen abgeschafft haben. Dadurch können mehr als 500 Polizeibeamtinnen und -beamte zusätzlich im operativen Dienst eingesetzt werden.

Die seitens der Opposition – auch Sie, Herr Kollege Rudolph, haben sich vorhin erneut daran beteiligt – erhobenen Vorwürfe des Personalabbaus bei der Polizei sind einfach falsch.

(Zuruf von Dr. Karsten Rudolph [SPD])

Sie sollten doch wirklich wissen, dass die anteiligen kw-Vermerke der Polizei ausschließlich außerhalb des Vollzugsdienstes realisiert werden. Den Unterschied haben Sie nicht begriffen. Ich habe unter Punkt 1 der Tagesordnung schon erwähnt, dass Sie weder unseren Gesetzentwurf noch unser Positionspapier zum Thema Innere Sicherheit gelesen haben,

(Dr. Karsten Rudolph [SPD]: Habe ich!)

denn der Begriff „Hilfspolizei“ kommt nirgendwo vor; das ist Ihre Erfindung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, gesellschaftliche Veränderungen und Krisenzeiten stellen erhebliche Herausforderungen für Politik und Polizei da. Unser Ziel, Nordrhein-Westfalen auf Dauer zum sichersten Land in Deutschland zu machen, erreichen wir nicht von heute auf morgen. Erste Erfolge zeigen sich allerdings. Sie bestätigen, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Die Bürgerinnen und Bürger können sich darauf verlassen. Wir halten Kurs. Durch unsere Politik erreichen wir im Laufe der nächsten Jahre ein Mehr an innerer Sicherheit.

Einen Aspekt möchte ich allerdings in dem Zusammenhang auch ansprechen, den Sie seitens der Opposition vernachlässigt haben, nämlich den Katastrophenschutz: Die Arbeit der Feuerwehren, der Rettungsdienste und der Hilfsorganisationen wird aus unserer Sicht kontinuierlich verbessert. So ist die Zusammenarbeit der Organisationen durch die Vereinheitlichung der überörtlichen Hilfe landesweit gestärkt worden. Insgesamt investierte das Land

30 Millionen €, und bis 2010 stehen weitere 10 Millionen € zur Verfügung.

Erinnern möchte ich daran, dass Katastrophenschutzeinheiten aus unserem Bundesland 2008 zur Unterstützung beim G 8-Gipfel in Heiligendamm und in diesem Jahr beim Nato-Gipfel in Kehl eingesetzt waren. Seit 2005 wurden 60 Krisenstäbe geschult. Dieser Prozess wird mit dem Aktionsprogramm Katastrophenschutz über 2010 hinaus fortgesetzt.

Wir alle wissen, verehrte Kolleginnen und Kollegen, dass es – erst recht vor dem Hintergrund der desolaten Finanzsituation – außerordentlich schwer ist, den Anliegen und Interessen der im öffentlichen Dienst des Landes Beschäftigten in vollem Umfang zu entsprechen. Gleichwohl sichert die CDU-Fraktion dem öffentlichen Dienst bei seiner Arbeit trotz und gerade wegen der Belastungen die grundsätzliche Rückendeckung durch die Politik zu.

In diesem Zusammenhang möchte ich, da sich Teile der Opposition in den vergangenen Wochen – auch hier waren Sie, Herr Kollege Rudolph, ein Musterbeispiel – in besonderer Weise als reflexartige Bediener von Gewerkschaftsinteressen verstanden haben, in Erinnerung rufen, dass wir, bezogen auf die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, die Umsetzung der zweigeteilten Laufbahn konsequent fortsetzen, dass wir bei der Entwicklung der Spitzenämter im Ländervergleich bereits jetzt einen Spitzenplatz einnehmen und dass es seit 2005 ca. 24.500 Beförderungen in der Polizei gegeben hat.

Dieses ist aus Sicht der CDU-Fraktion ein eindrucksvoller Beleg für die Anerkennung der täglichen Arbeit der nordrhein-westfälischen Polizei. Das sollten Sie ebenfalls anerkennen und nicht verschweigen.

Hinzu kommt, dass bei uns kein Funkstreifenwagen älter als zwei Jahre ist. Jährlich werden ca. 1.000 neue Streifenwagen geleast

(Sören Link [SPD]: Ist das eine Leistung! Sie leasen die Wagen nur! Peinlich!)

– Herr Link –, um nur einen Aspekt der verbesserten Sachausstattung bei der Polizei zu nennen.

Sie zitieren einen Vorgänger unseres Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers, Johannes Rau. Die Vorgängerregierungen unter der Führung von Johannes Rau, von Wolfgang Steinbrück, Wolfgang Clement und Peer Steinbrück – bei den Namen hat man gelegentlich Schwierigkeiten –

(Sören Link [SPD]: An Ihren Ministerpräsidenten wird sich in einem Jahr kein Mensch mehr erinnern!)

haben es zu verantworten, dass wir, dass unser Ministerpräsident bei uns im Land, dass wir alle gemeinsam so viel Arbeit haben.

Ich komme damit zu einem letzten Aspekt, den Sie nur ansatzweise streifen, nämlich zu den Personalausgaben. Wir müssen jährlich zusätzliche Personalausgaben von ca. 800 Millionen € verkraften. Die Verwaltung unseres Landes hat sich im Vergleich von 1970 zu heute mehr als verdoppelt. Denn zurzeit sind ca. 410.000 Beschäftigte im öffentlichen Dienst des Landes tätig.

Der Anteil der Personalkosten an den Gesamtausgaben bei uns im Land beträgt ca. 44 %. Und die berühmte Zeitbombe würde unerbittlich ticken, wenn wir seit 2005 dieser Entwicklung nicht Einhalt geboten hätten. So haben wir rund 140 selbstständige Behörden und Einrichtungen aufgelöst bzw. die Auflösung beschlossen.

(Sören Link [SPD]: Was haben Sie denn anderes getan, als dass Sie nur ein neues Schild hingestellt haben?)

Zum Beispiel wurden in den Bereichen Umwelt, Agrarordnung, Arbeitsschutz und Bergbau Behörden aufgelöst oder in bestehende Behörden integriert. Der Staat muss sich, Herr Kollege Link – auch Sie werden es noch begreifen –, auf Kernaufgaben konzentrieren. Mit diesem Prozess haben wir begonnen. Andere Aufgaben wie etwa die Versorgungsverwaltung haben wir den Kommunen übertragen. Und auch die Bezirksregierungen sind inzwischen anders organisiert als in der Vergangenheit. Wir sind im Grundsatz für mehr Bürgernähe und eine Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung.

Die genannten Vorgängerministerpräsidenten haben mit diesem Prozess begonnen, dann aber aufgehört, weil sie nicht den Mut und die Kraft hatten, es durchzuziehen. Das ist der Unterschied zur Landesregierung von heute.

Entgegen so mancher populistischen Behauptung und so mancher Falschmeldungen hat es keine zwangsweise Versetzung und keine betriebsbedingte Kündigung im öffentlichen Dienst gegeben.

Wir haben damit begonnen, unübersichtliche Kompetenzen zu entflechten, Transparenz und Ergebnisverantwortung im Verwaltungshandeln zu erhöhen. Denn zu einer vernünftigen und sinnvollen Verschlinkung der Landesverwaltung gab und gibt es, ernsthaft diskutiert, keine Alternative.

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

Ich komme zum Schluss, Frau Präsidentin: Der Einzelplan 03 behält auch in diesem Jahr die klassische Kernaufgabe des Landes Nordrhein-Westfalen im Blick und leistet einen Beitrag zur Stabilisierung der Staatsfinanzen. – Ich bitte im Namen der CDU-Fraktion um Zustimmung und bedanke mich sehr herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Kruse. – Für die Fraktion der FDP hat nun der Kollege Engel das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Horst Engel (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Heute bedarf es mehr denn je einer starken liberalen Stimme für die Bürger- und Freiheitsrechte, um die massive Beschneidung von Rechten, Totalüberwachungsfantasien und schrankenlose Eingriffsbefugnisse sowie verdachtsgestützte Maßnahmen bis hin zum gläsernen Bürger zu verhindern. Liberale Innenpolitik steht für mehr und besser ausgestattete Polizei, für mehr Sicherheit in Nordrhein-Westfalen.

Seit Regierungsübernahme haben wir deshalb kontinuierlich das Ausgabevolumen

(Ewald Groth [GRÜNE]: Aus welchem Referat kommt der Satz denn?)

für den Bereich der Polizei auf über 2,5 Milliarden € pro Jahr erhöht. Wir haben dafür gesorgt, dass 841 kw-Stellen, also Stellen, die die alte rot-grüne Regierung wegfallen lassen wollte, erhalten bleiben; wir haben sie sozusagen gerettet. Wir haben dafür gesorgt, dass die Einstellungszahlen bei der Polizei von 500 auf 1.100 pro Jahr ab 2008 mehr als verdoppelt wurden. Wir haben dafür gesorgt, dass das Motto „mehr fahnden statt verwalten“ in die Tat umgesetzt wird und mehr als 500 Polizeibeamte durch eine umfassende Binnenmodernisierung der Polizei aus Verwaltungstätigkeiten für den operativen Dienst zurückgewonnen werden konnten.

Binnenstrukturen wurden optimiert, Verbesserungs- und Entlastungsmöglichkeiten genutzt, Hierarchien gestrafft, die Eigenverantwortung der Polizeibehörden gestärkt und Bürokratie abgebaut, um einen bestmöglichen Einsatz der vorhandenen Beamten für mehr Sicherheit für die Menschen in unserem Lande zu gewährleisten.

Wir haben für eine deutliche Verbesserung der Arbeitsbedingungen durch Leasing neuester moderner Streifen- und Zivilwagen mit Sonderausstattung – kein Funkstreifenwagen ist älter als zwei Jahre –, durch eine moderne IT-Ausstattung – alle 30.000 PCs werden alle vier Jahre ausgetauscht –

(Sören Link [SPD]: Ist Ihr Leasingfahrzeug älter als zwei Jahre, Herr Engel? Haben Sie schon mal ein Auto geleast, das älter ist als zwei Jahre?)

und durch die Inbetriebnahme vieler neuer Dienstgebäude gesorgt.

(Sören Link [SPD]: Wer schreibt so einen Mist auf?)

– Herr Link, melden Sie sich, dann können Sie gleich reden. Das ist kein Mist, das werden Sie

gleich noch regierungsamtlich vom Innenminister bestätigt bekommen.

(Heiterkeit von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Engel, der Kollege Link hat Ihre Aufforderung so verstanden, dass er Ihnen direkt eine Zwischenfrage stellen möchte. Lassen Sie die zu?

Horst Engel (FDP): Bitte schön.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Bitte schön, Herr Kollege Link.

Sören Link (SPD): Herr Engel, herzlichen Dank, dass Sie die Zwischenfrage zugelassen haben. Ich habe nur eine Frage: Wenn Sie privat ein Auto leasen, ist das dann in der Regel jünger oder älter als zwei Jahre?

Horst Engel (FDP): Herr Link, das kommt auf die Laufzeit des Leasingvertrages an.

(Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Wir haben uns in der 13. Legislaturperiode mit Ihrem Innenminister Behrens

(Ewald Groth [GRÜNE]: Mein Gott!)

auf einen Vorschlag des PP Köln hin damals für Leasingfahrzeuge entschieden. Das war richtig, das wird fortgesetzt. Auch in der Kriminalpolizei gibt es neue Fahrzeuge.

Ich komme zurück zum Thema.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Engel, es gibt noch zwei Zwischenfragen.

Horst Engel (FDP): Ja, bitte schön.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Und zwar von Herrn Kollegen Trampe-Brinkmann und Frau Kollegin Düker. Beide zulassen?

Horst Engel (FDP): Ja, einverstanden.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Bitte schön, Herr Trampe-Brinkmann.

Thomas Trampe-Brinkmann (SPD): Danke, Herr Engel. Vor dem Hintergrund, dass Herr Kruse gerade schon in die gleiche Kerbe geschlagen hat wie Sie – Sie haben die Frage eigentlich schon beantwortet –, noch einmal: Kann es sein, dass die Leasingverträge schon zu Amtszeiten von Fritz Behrens

auf den Weg gebracht worden sind, um so den Fahrzeugpark der NRW-Polizei entsprechend zu modernisieren und auf einem modernen Stand zu halten?

Horst Engel (FDP): Herr Trampe-Brinkmann, das ist völlig richtig. Damals war die Frage: kaufen oder leasen? Es wurde durch die Bank als sinnvoller erachtet, Fahrzeuge zu leasen. Das schreiben wir fort; denn die Zeiten – das muss man freimütig einräumen –, in denen regelrechte „Gurkenfahrzeuge“ bei der Polizei im Einsatz waren, sind vorbei. Das gibt es nicht mehr. – Es gab noch eine Wortmeldung.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Kollegin Düker.

Monika Düker (GRÜNE): Danke, Herr Kollege Engel. Sie haben gerade so sehr engagiert von den optimierten Strukturen und reformierten Behördenstrukturen gesprochen. Sind Sie persönlich der Ansicht, dass 47 Kreispolizeibehörden in NRW mit völlig zersplitterten Zuständigkeiten eine optimierte Behördenstruktur darstellen?

Horst Engel (FDP): Liebe Frau Kollegin Düker, das ist eine zweigeteilte Frage. Zu der ersten Frage nach der Anzahl der Behörden verweise ich auf den Koalitionsvertrag. Den setzen wir um – Punkt.

(Monika Düker [GRÜNE]: Ich habe Sie nach Ihrer Meinung gefragt!)

Zum zweiten Teil Ihrer Frage: Das ist etwas Neues für die Kreispolizeibehörden, das waren sie 30 Jahre lang und länger nicht gewohnt. Sie bekamen alles bis ins Kleinste vorgeschrieben, und plötzlich wurde die Leine etwas länger. Daran müssen sie sich gewöhnen. Wir haben Behördenleiter erlebt, die gesagt haben: Nun schreibt uns das doch bitte vor. – Nein, das machen wir nicht. Es gibt nämlich einen Entscheidungsspielraum, den sie nutzen sollen. Das ist der Unterschied zwischen einer rot-grün geführten Regierung und einer schwarz-gelben Regierung mit einem liberalen Innenminister.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, verlassen wir das technische Thema. Es geht aber noch weiter – auch ein beliebtes Thema dieser Landesregierung –: Wir haben auch dafür gesorgt – ich erinnere noch einmal daran –, dass die von Rot-Grün abgeschaffte Polizeilandesreiterstaffel wieder eingeführt wurde.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Sie ist heute in vielen Bereichen im Einsatz. Wir können dankbar sein, dass wir das gemacht haben, gerade was die Gewalt rund um Hooligans, rund um besondere freizeitorientierte Erfahrungen

nicht nur in der ersten Bundesliga, sondern hinunter bis in die dritte und vierte Klasse angeht. Es wird ja eigentlich immer schlimmer.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liberale Innenpolitik steht für qualifizierte, sichere und leistungsorientierte Polizeiarbeit. Nicht nur die Sicherheit der Bürger von Nordrhein-Westfalen, sondern auch der 39.400 Polizeibeamten und der insgesamt 46.300 bei der Polizei Beschäftigten selbst liegt uns am Herzen. Wir brauchen motivierte, engagierte und kompetente Beamte, die mit der notwendigen Sensibilität und auch Entschlossenheit jede Situation meistern.

Wer wie Nordrhein-Westfalen hohe Anforderungen an seine Polizeianwärter stellt, muss ihnen im Gegenzug gute Rahmenbedingungen gewähren. Mit der zweigeteilten Laufbahn wurde nicht nur die Besoldung für die Polizeibeamten in Nordrhein-Westfalen im Gegensatz zu vielen anderen Bundesländern deutlich erhöht, sondern vor allem die Qualifikation der Beamten auch deutlich verbessert, und das ist das Entscheidende. Leistung soll sich auch bei der Polizei lohnen.

Verbesserung der Aufstiegschancen innerhalb der Polizei haben wir durch die Schaffung – gerade aktuell – von 450 Beförderungsstellen A12 und A13 für die Kripo und für die Schutzpolizei hinbekommen. Zudem gibt es fast 20.000 Beförderungen in der Polizei, davon beginnend in 2005 bis 2014 allein jedes Jahr ca. 1.300 zusätzliche Beförderungsmöglichkeiten nach A11.

Ein hoch modernes Videosystem zur Eigensicherung der Beamten wurde in allen Funkstreifenwagen als Sonderausstattung eingeführt. Zum Schutz bei Bränden und Chemieunfällen wurden sogenannte Fluchthauben zur Verbesserung der Ausrüstung bereitgestellt.

Bis Ende 2008 wurden alle Polizeibeamten Nordrhein-Westfalens mit neuen Dienstwaffen und Holstern ausgerüstet, und sie erhalten künftig zum Schutz gegen Gewaltangriffe einen Helm und einen speziellen Einsatz-Mehrzweck-Stock.

Liberale Innenpolitik steht zudem für Bürokratieabbau sowie Entlastung von Bürgern und Unternehmen. Mit der Auflösung von rund 140 bisher selbstständigen Behörden und Einrichtungen haben wir in NRW die Verwaltung gestrafft, Synergien erzeugt, ihre Leistungskraft erhöht und gleichzeitig alle notwendigen Aufgaben zur besseren Arbeitsfähigkeit sinnvoll gebündelt.

Mit der Kommunalisierung von Aufgaben wie der Umwelt- und Versorgungsverwaltung haben wir die Genehmigungsverfahren näher zu den Bürgern gebracht und für kurze Wege und Ergebnisverantwortung aus einer Hand gesorgt. Gerade bei der Einweihung der neuen Landesgeschäftsstelle des Landkreistages hat dessen Präsident, Herr Kubendorff, gelobt, dass diese Operation wirklich

gelingen ist. Die Skeptiker und Ewigbesserwiser wurden an der Stelle eines Besseren belehrt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liberale Innenpolitik steht zudem für mehr Verkehrssicherheit: Weniger Tote, weniger Unfälle und weniger Verletzte – so lautet die positive Bilanz seit 2005 zur Unfallentwicklung auf den Straßen in Nordrhein-Westfalen. Bei der Zahl der Verkehrstoten wurde im ersten Halbjahr 2009 mit einem Rückgang von 14 % ein historischer Tiefstand seit 55 Jahren erreicht. Gott sei Dank! Die FDP und die nordrhein-westfälische Polizei sehen damit ihre vielfältigen Maßnahmen und Strategien zur Bekämpfung der sogenannten Hauptunfallursachen bestätigt.

Liberale Innenpolitik will ferner verhindern, dass Gewalt Schule macht. Seit 2005 gilt es mit der FDP, die Sorgen der Lehrer, Eltern und Schüler in Nordrhein-Westfalen ernst zu nehmen und der Gewalt an Schulen wirkungsvoll entgegenzutreten.

Liberale Innenpolitik setzt sich für eine erfolgreiche Bekämpfung der Jugendkriminalität ein. Wir haben seit 2005 auf den Weg gebracht: Früherkennung sowie Abbau von Gewalt in Schule und Familie, die Weiterentwicklung der Gewaltprävention im und durch Sport, Intensivtäterprojekte von Polizei und Staatsanwaltschaft, sodass alle 47 Kreispolizeibehörden mittlerweile Konzepte zur Bekämpfung von Intensivtätern koordiniert umsetzen.

Des Weiteren haben wir das Projekt Staatsanwalt vor Ort und Staatsanwalt für den Ort sowie den Aufbau spezieller Intensiv-Betreuungsangebote für jugendliche Straftäter wie zum Beispiel das Projekt „Ausblick“ am Niederrhein nach dem Prinzip Menschen statt Mauern sowie zur U-Haft-Vermeidung, den Jugendstrafvollzug in freien Formen und die Initiative zur Einführung eines sogenannten Warnschussarrestes ins Leben gerufen.

Die Sicherheit in Bussen und Bahnen und an Bahnhöfen müssen wir konsequenter verbessern. Die Polizeiführung wird vor Ort sicherstellen müssen, dass neben belebten Straßen und Plätzen auch hier wie im Straßenverkehr uniformierte Beamte und zivile Einsatztrupps noch stärker Präsenz zeigen und auch gezielte Personenkontrollen durchführen.

Die zunehmende Gewalt gegen Polizeibeamte werden wir nicht hinnehmen. Entsprechend der Koalitionsvereinbarung im Bund werden wir als größtes Bundesland mit knapp 40.000 Polizeibeamten rechtliche Bemühungen auf Bundesebene konstruktiv unterstützen. Stichwort: Widerstand. Wir wollen hier eine schärfere Bestrafung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir stimmen dem Einzelplan 03 zu und freuen uns auf die Beratung im Innenausschuss. – Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Engel. – Als nächste Rednerin hat nun für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Abgeordnete Düker das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Monika Düker (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Kollege Engel spricht von liberaler Innenpolitik, und der Innenminister sagt ja auch immer gerne, dass bei ihm Freiheit und Sicherheit in einem ausgewogenen Verhältnis stehen müssen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Haushaltsplanentwurf gibt dieses ausgewogene Verhältnis auf keinen Fall her.

(Beifall von den GRÜNEN)

Völlige Fehlanzeige!

Herr Minister, Sie starteten zu Beginn der Legislaturperiode mit einer gut ausgestatteten Landesbehörde für Datenschutz mit 50 Stellen. Im Haushaltsplanentwurf – man schaue in den Erläuterungsband – sind davon noch ganze 44 übrig geblieben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Engel, ist das liberale Innenpolitik, beim Datenschutz dermaßen zu kürzen in Zeiten, in denen wöchentlich, fast täglich von Datenschutzskandalen in der Presse berichtet wird, auch hier bei uns in NRW? Lidl, Tönnies – ich muss diese ganzen Dinge nicht aufzählen. Wie kann das ein Kennzeichen liberaler Innenpolitik sein?

(Beifall von den GRÜNEN)

Nein, liebe Kolleginnen und Kollegen, die FDP hat mit diesem Haushalt, was den Datenschutz angeht, als liberale Partei aus meiner Sicht völlig versagt.

Herr Minister, aber auch die Polizei hinterlassen Sie mit Ihrem letzten Haushalt – ich hoffe sehr, dass das der letzte Haushalt ist, den wir von Ihnen vorgelegt bekommen – in einem desaströsen Zustand. Man schaue sich an, was zurzeit in der Polizei los ist.

Ich habe im letzten Jahr keinen einzigen Polizeibeamten bzw. keine einzige Polizeibeamtin mehr getroffen, der bzw. die noch ein gutes Haar an Ihrer Politik lässt. Es ist nicht nur die Klientelkritik vom Bund Deutscher Kriminalbeamter, wie Sie es gerne herunterspielen wollen, Herr Kruse. Schauen Sie sich doch einmal an, auf welches Problem er hinweist. Man muss nicht alle Antworten, die der BDK gibt, für richtig halten, aber das Problem ist doch da. Wir stehen aufgrund der starken Einstellungsjahrgänge aus den 70er-Jahren vor der Überalterung der Polizei, und die Pensionierungswelle, die wir vor uns herschieben, wird in zehn

Jahren dramatisch sein. Besonders dramatisch ist das nachweisbar bei der Kriminalpolizei.

(Beifall von den GRÜNEN)

Da muss man doch gegensteuern. Es reicht nicht aus zu sagen, wir stellen 1.100 als Nachersatz zur Verfügung, sondern man muss auch darauf achten, dass das Know-how, das aus den Kriminalkommissariaten in den Ruhestand geht, nachwächst und zu dem Zeitpunkt fortgebildet ist, damit kein Kompetenzverlust eintritt.

Um sich auf das gesamte Problem der Überalterung der Polizei und der Pensionierungswelle, die auf uns zukommt, vorzubereiten, fehlt es an jeglicher Konzeption aus dem Innenministerium. Mir ist da nichts bekannt. Da können Sie nicht herunterbeten: Wir stellen jedes Jahr 1.100 Polizistinnen und Polizisten ein.

Das Einzige, was mir bekannt ist, ist der Sporterlass, also die Anforderung: Haltet euch alle fit, damit ihr den Verbrechern auch noch mit 60 hinterherlaufen könnt!

(Ewald Groth [GRÜNE]: Die sollen die aber auch einholen!)

Etwas anderes ist mir aus dem Innenministerium zu dieser Problemlage nicht bekannt. Hier haben Sie versagt.

Lieber Kollege Engel, Sie wissen es doch auch: Die tolle Strukturreform, die wir hier in den letzten vier Jahren präsentiert bekommen haben, war doch nur Murks und Herumdoktern an Symptomen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir haben mit 47 Kreispolizeibehörden, mit völlig zersplitterten Zuständigkeiten die ineffizienteste Polizeistruktur in ganz Deutschland. Kein anderes Bundesland ist mehr mit so zersplitterten Strukturen aufgestellt. Nach wie vor scheitert eine vernünftige Polizeistrukturreform zulasten der Sicherheit in Nordrhein-Westfalen an dem Beharrungsvermögen der CDU-Landräte. Das haben Sie in Ihrer Zeit, in Ihrer Verantwortung zugelassen.

Das sind nur einige Beispiele, bei denen wir nicht von einer tollen Polizeibilanz reden können. Herr Engel, Herr Kruse, reden Sie mit den Polizeibeamten! Denen steht der Frust bis oben; sie erwarten mehr Unterstützung von der Landesregierung als das, was Sie ihnen hier geben.

Nächster Punkt, der mir sehr am Herzen liegt: Flüchtlingspolitik. Herr Minister, bei den Rückführungskosten sind Sie sehr großzügig: 8 Millionen € im letzten Jahr, 8 Millionen € in diesem Jahr für Rückführung – sprich: Abschiebung – von Flüchtlingen, obwohl das Rechnungsergebnis 2008 nur 4 Millionen hergab und wir doch alle wollen, dass es eine vernünftige Bleiberechtsregelung gibt. Anstatt symbolische Rückführungskosten auszuweisen, die die völlig falsche Botschaft aussenden, sollten Sie

sich bei der kommenden Innenministerkonferenz – dazu möchte ich Sie heute noch mal auffordern – endlich für eine wirksame Bleiberechtsregelung einsetzen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die steht auf der Tagesordnung, und wir haben ungefähr 11.000 Flüchtlinge in Nordrhein-Westfalen, deren befristeter Aufenthaltsstatus zum Jahresende ausläuft. Die Ausländerbehörden wissen nicht, was sie mit diesen Menschen machen sollen. In die Duldung sollen sie nicht zurückfallen. Da haben die Innenministerkonferenz und auch Sie als Minister des größten Bundeslandes – bei uns leben die meisten Betroffenen – eine besondere Verantwortung, für die Menschen etwas zu erreichen. Die besteht nicht darin, im Haushalt möglichst hohe Rückführungskosten auszuweisen, sondern diesen Flüchtlingen auch aktive Hilfe und Unterstützung anzubieten.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich meine, wir haben nach wie vor defizitäre Hilfsstrukturen im Land. Wir brauchen mindestens noch ein psychosoziales Zentrum für die Gesundheitsversorgung der Flüchtlinge. Nach wie vor haben wir in Düsseldorf beim Gesundheitszentrum, aber auch in Köln beim Hilfezentrum für Folteropfer, wo diese Menschen Hilfe bekommen können, Wartezeiten von über einem halben Jahr. Wir meinen, es lohnt sich, für diese Menschen ein paar tausend Euro in die Hand zu nehmen. Es ist durch die Rückführungskosten gedeckt, diesen Menschen, die zum Teil schlimmste Erfahrungen in ihren Herkunftsländern gemacht haben, Hilfestellung zu geben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Aber das ist bei dieser Koalition der Unmenschlichkeit offenbar nicht mehr drin.

(Widerspruch von Ministerin Christa Thoben
– Ralf Witzel [FDP]: Peinlich!)

Datenschutz: Fehlanzeige. Bei der Flüchtlingspolitik sind nicht mal ein paar tausend Euro drin. Als Erstes haben Sie zum Beispiel die 150.000 € für den Flüchtlingsrat gekürzt, der eine wichtige Zentralstellenfunktion für zahlreiche ehrenamtlich tätige Menschen hat, die sich in diesem Land für Flüchtlinge einsetzen. Haben wir das nötig, denen als Erstes das Geld zu kürzen? Halten Sie die Lobbyarbeit für diese Menschen nicht aus? Also: Die Flüchtlingspolitik ist aus meiner Sicht völlig defizitär. Datenschutz wird ein Stiefkind dieser Landesregierung. Und die Polizei ist in einem strukturell desaströsen Zustand. Das ist Ihre Bilanz, Herr Wolf; ich nenne sie desaströs. – Danke schön.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Düker. – Als nächster Redner hat

für die Landesregierung Herr Minister Wolf das Wort. Bitte schön, Herr Minister.

Dr. Ingo Wolf, Innenminister: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das war weitestgehend wieder keine Diskussion über den Haushalt. Das war aber auch nicht anders zu erwarten. Nachdem Herr Rudolph mit seinem Übergang in den Bundestag gescheitert ist, wollte er uns mit der Anrede „Genossinnen und Genossen“ sicherlich eine Bewerbungsrede für das nächste Landtagsmandat vortragen. Aber das Plenum ist natürlich der falsche Ort hierfür. Ansonsten war die Rede voller Irrungen und Wirrungen, eine Ansammlung von Alarmismus, Falschmeldungen, Spekulationen und Beschimpfungen.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Spekulatius!)

Es fängt schon mit den falschen Zahlen an. Vielleicht, Herr Rudolph, können Sie im Rahmen einer Lektüre mal schauen, dass die Stellenzahl für Polizisten und Anwärter, die im Haushalt ausgewiesen ist, 42.993 beträgt. Damit liegen wir natürlich über 2005. Schauen Sie es bitte nach, dann wissen Sie es! Wie gut die Entwicklung in den letzten Jahren hier gelaufen ist, wird dadurch deutlich, dass wir Ihren Stellenabbau letztendlich gestoppt und damit rückgängig gemacht haben. 841 Stellen haben Sie sozusagen zum Abschluss freigegeben; wir haben sie belassen. Das ist Ihre Bilanz gewesen. Sie hatten vor – die Planungen waren doch alle vorhanden –, in den kommenden Jahren nur noch 500 Personen einzustellen, und zwar auf unabsehbare Zeit.

Das haben wir geändert. Mit mehr als einer Verdoppelung auf 1.100 Einstellungen haben wir einen Einstieg gemacht, um die demografiebedingten Probleme auszugleichen. Das Ganze lässt sich natürlich nicht in zwei Jahren regeln. Wir haben aber vor, dies zu verstetigen. Die Pensionsabgänge, die erst in der zweiten Hälfte des nächsten Jahrzehnts zu verzeichnen sind, haben wir schon jetzt vorweggenommen und Einstellungen, die eigentlich erst dann nötig wären, aus Demografiegründen vorgezogen.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Minister, entschuldigen Sie, wenn ich Sie unterbreche. Der Abgeordnete Dr. Rudolph möchte Ihnen eine Zwischenfrage stellen.

(Minister Dr. Ingo Wolf schüttelt den Kopf.)

– Sie lassen das nicht zu.

Dr. Ingo Wolf, Innenminister: Ich möchte im Zusammenhang vortragen. Wir haben heute auch nicht so viel Zeit.

Der zweite Punkt betrifft die Tarifstellen, die Sie alle kw gestellt haben und die abgebaut worden

sind, meine Damen und Herren. Eine verantwortungsvolle Regierung muss natürlich auch darauf achten, wo ein solcher Abbau erfolgen kann. Wir haben gesagt: nicht im operativen Bereich, sondern nur im zuarbeitenden, verwaltenden Bereich. Letztendlich ist es der Regierung über die Jahre unserer Regierungszeit gelungen, insgesamt über 14.000 Stellen in der Landesverwaltung abzubauen. So etwas hätten Sie im Leben nicht geschafft.

Auf die Polizeistrukturereform ist der Kollege Engel intensiv eingegangen. Meine Damen und Herren, Sie unterschlagen völlig, dass wir mit der Abschaffung der Bezirksregierungen als Polizeibehörden die flachste Hierarchie in Deutschland geschaffen haben. Bei uns genießen die Behörden große Freiheit.

(Beifall von FDP und Gerhard Lorth [CDU])

Das passt Ihnen natürlich nicht. Wir stehen aber dazu. Wir wollen die Eigenverantwortung vor Ort stärken, weil die Unterschiedlichkeit in den verschiedenen Regionen unseres großen Landes auch Berücksichtigung finden muss.

Herr Rudolph, in einem Aufschlag haben Sie es wieder geschafft, das Thema Besoldungserhöhung mit einzuführen. Hier dem Ministerpräsidenten Wortbruch zu unterstellen, ist eine schiere Unverschämtheit. Herr Linssen hat unter Berücksichtigung der Unterschiedlichkeit der in beiden Systemen angestellten Beamten eine 1:1-Übertragung vorgenommen. Da beißt die Maus keinen Faden ab. Was Sie da wieder herbeizitiert, ist alles falsch und reiht sich in die Ansammlung von Unterstellungen und Falschmeldungen ein.

Ferner ist Herr Rudolph auf die Polizeiarbeit zu sprechen gekommen. Meine Damen und Herren, man hat das Gefühl, dass Herr Rudolph und der ganzen Opposition polizeiliche Erfolge körperlich wehtun. Sie können es nicht ertragen, wenn Erfolge zu verzeichnen sind.

(Beifall von FDP und Gerhard Lorth [CDU])

In Duisburg wird ein Sechsfachmord aufgeklärt – und Sie behaupten hier, das sei alles falsch gewesen.

(Beifall von Ingrid Pieper-von Heiden und Horst Engel [FDP])

Das ist eine klassische Bankrotterklärung der Opposition. Hunderte von Kollegen haben über Wochen Tag und Nacht geschuftet, um diesen Fall aufzuklären. Ihnen gilt unser Respekt.

Das Gleiche trifft beim Thema Rucker zu. Natürlich bestreitet niemand, dass in einer freiheitlichen Gesellschaft auch ein Problem auftauchen kann. Sie können keine hundertprozentige Sicherheit gewährleisten. Aber Sie glauben doch wohl nicht, dass Sie mit Ihrer billigen Polemik nach dem Motto „Wir ver-

bieten mal ein paar Gruppierungen“ unser Land sicher machen. Das ist wirklich Unsinn.

Abgesehen davon existiert das Rockertum schon seit vielen Jahren. Sie wissen, dass die Rucker selber an verschiedenen Straftaten mitwirken, aber die Organisation sich ganz geschickt darstellt, so dass ein Verbot aus unserer Sicht praktisch nicht durchsetzbar ist. Das müssen Sie juristisch akzeptieren. Und falls Sie das nicht tun, kann ich es auch nicht ändern.

Ein geradezu unglaubliches Maß an Kaltschnäuzigkeit wurde bei Ihren Ausführungen zur Reduktion von Straftaten deutlich. Wie kann man bloß versuchen, Einbruchverfolgung gegen Drogenbekämpfung auszuspielen und zu sagen, das eine sei sozial schädlich und das andere nicht? Haben Sie sich einmal Gedanken darüber gemacht, was es für Menschen heißt, in ihrer Wohnung überfallen zu werden und Opfer eines Einbruchs zu werden, und welche psychischen Belastungen damit verbunden sind? Hier kann man doch nicht die Erfolge bei der Reduktion unserer Einbruchszahlen kleinreden. Dies ist ein grandioser Erfolg der Polizei, aber auch der Bürgerinnen und Bürger.

Für viele andere Dinge gilt das auch. Beispielsweise ist es ein Erfolg, dass die Mordzahlen in den letzten zehn Jahren zurückgegangen sind. Diese Straftaten werden nämlich in aller Regel – nahezu zu 100 % – auch offenbar. Hier gibt es kein Vertun. Die Statistik darüber haben Sie früher nach den gleichen Kriterien geführt, wie wir das heute tun. Wenn wir an dieser Stelle besser liegen, sollten Sie uns loben, statt uns zu beschimpfen.

(Beifall von Ingrid Pieper-von Heiden und Horst Engel [FDP])

Beim Haushalt für die Polizei ist in den letzten Jahren ein Aufwuchs festzustellen. Alle Reden von Kahlschlag und sonst etwas sind also Unsinn. Wir haben Ausstattungsvorteile – die von Ihnen auch nicht akzeptiert werden – geschaffen. Schließlich fordern wir immer, dass gute Arbeit auch gute Bedingungen braucht. Deswegen sind die von den beiden Kollegen aus den regierungstragenden Fraktionen hier vorgetragenen Erfolge auch so wichtig.

Wir haben jetzt noch einmal 5 Millionen € in die Hand genommen, um für die Kriminalpolizei neue Zivilfahrzeuge anzuschaffen. Damit ist das Durchschnittsalter des Fuhrparks erneut gesenkt worden. Über 700 Millionen € sind in die Ausstattung von Polizeigebäuden geflossen. Es gibt neue Polizeipräsidien, -inspektionen und -wachen. Überall im Lande haben wir die Arbeitsbedingungen verbessert. Dass man das nicht anerkennen will, kann ich nicht nachvollziehen, meine Damen und Herren.

Frau Düker hat hier wieder ihre Märchenstunde eröffnet. Ich kann nur Folgendes feststellen, meine Damen und Herren: Die bisherige Landesdatenschutzbeauftragte und der jetzige Landesdaten-

schutzbeauftragte haben im Vergleich zu den anderen großen Bundesländern nach wie vor eine deutlich bessere Ausstattung. Insofern gilt es, innerhalb des Personalkörpers Prioritäten zu setzen. Wenn sich beispielsweise in der Privatwirtschaft Fehler zeigen, die nicht zu leugnen sind, muss man dann auch entsprechend vorgehen. Das wird verantwortliche Führung dort auch leisten, denke ich.

Als letzten Punkt möchte ich das Thema Bleiberecht ansprechen. Hier wird es darauf ankommen, bei der entsprechenden Konferenz eine vernünftige Lösung zwischen allen Beteiligten herbeizuführen. Ich habe keinen Hehl daraus gemacht, dass ich mir gewünscht hätte, dass dies schon in früheren Jahren erledigt worden wäre – beispielsweise bereits bis 2005; nach meiner düsteren Erinnerung hatten Rote und Grüne damals sogar eine Regierung in Berlin. Wir sind aber in der Situation, dass wir an dieser Stelle eine Bundesregelung haben, die geändert werden muss. Jetzt müssen die Innenminister versuchen, eine Lösung zu finden.

Frau Düker, wir reden heute allerdings über Rückführungen – wenn sie denn überhaupt stattfinden – in einer viel geringeren Zahl als früher. Sie haben in Ihrer Regierungszeit zwischen 2001 und 2004 noch 27.707 Rückführungen vorgenommen. Zwischen 2005 und 2008 waren es noch 12.000.

(Zuruf von Monika Düker [GRÜNE])

Wer ist also der sogenannte Abschieber gewesen – Ihre Regierung oder unsere Regierung?

(Monika Düker [GRÜNE]: Sie lassen doch keinen mehr ins Land!)

Frau Düker, es ist doch nicht zu glauben, wie man solche Zahlen negieren kann – 27.707 zwischen 2001 und 2004, 12.000 zwischen 2005 und 2008. Das heißt, wir gehen sensibel mit dem Thema um. Aber ich glaube, es ist auch richtig und wichtig zu differenzieren. Wenn wir Straftäter haben, wenn wir Leute haben, die gegen die Gesetze verstoßen haben, dann muss das Recht natürlich auch zur Anwendung kommen. So ist nun einmal unsere Rechtsordnung, und wenn Sie sich außerhalb des Rechtsstaats stellen wollen, dann ist das Ihre Angelegenheit.

Alles in allem, meine Damen und Herren, gehen wir mit dem Thema Polizei sehr verantwortlich um. Wir haben im Übrigen – Sie haben ja den BDK angeführt – laut einer Broschüre des BDK die bestbezahlte Landespolizei. Lesen Sie es bitte nach. Das können Sie sich in aller Ruhe anschauen. Der BDK hat selber dargelegt, dass wir die bestbezahlte Landespolizei haben, und zwar

(Beifall von CDU und FDP)

mit einer zweigeteilten Laufbahn und mit Beförderungschancen, die besser sind als jemals zuvor. Diese Chancen sind nach den Aufgabenfeldern gewichtet. Die Beamten der Kriminalpolizei haben

eine doppelt so hohe Möglichkeit, auch die hohen Beförderungsgruppen zu erreichen. Das alles ist aus meiner Sicht sehr gut getaktet.

Dass es hie und da im Einzelfall Unmut gibt, ist bei einer großen Einheit nicht auszuschließen. Nur: Im Vergleich zu allen anderen kann sich diese Polizei, sowohl was die Frage der haushalterischen Behandlung anbetrifft als auch was ihre Erfolge anbetrifft, sehr gut sehen lassen. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, damit sind wir am Schluss des ersten Teilbereichs. Wir kommen nun zum

Teilbereich Sport

Ich darf die Beratung eröffnen und erteile für die Fraktion der SPD dem Kollegen Peschkes das Wort. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Hans-Theodor Peschkes (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich weiß gar nicht, was heute mit dem Innenminister los ist.

(Minister Armin Laschet: Er war gut!)

Er ist wohl mit dem falschen Fuß aufgestanden, oder die Diskussionsstunde ist ein bisschen früh. Er redet sich ja richtig in Rage und ist wie von Sinnen.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Von Sinnen! Genau!)

Ich fürchte, Herr Wolf, das geht jetzt beim Sporthaushalt weiter. Denn auch da gibt es nichts Rühmliches zu berichten. Auch da müssen wir Jahr für Jahr feststellen, dass der Sport in Ihrer Regierung nur ein Schattendasein führt.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Jahr für Jahr werden die allgemeinen Mittel für den Sport zusammengestrichen. Und jetzt, also im letzten Jahr und in diesem Jahr, werden in letzter Minute in Nacht- und Nebelaktionen Anträge hervorgezaubert, die dann diese Kürzungen rückgängig machen sollen, und dann sagt man ganz ungeniert: Wir sind die großen Sportförderer

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Die Blender!)

in diesem Lande. So einfach ist das. Das ist schon eine dreiste Nummer.

Sie kürzen dem LandesSportBund 1,6 Millionen €, und dann kommt ein Änderungsantrag der Koalition, der diese Kürzung zurücknimmt. Im Übrigen: Die SPD hat diesen Antrag auch gestellt. Den haben Sie abgelehnt. Das nur zur Seriosität Ihrer Sportpolitik.

(Heiterkeit von SPD und GRÜNEN)

Sie lassen sich dann anschließend als verlässlicher Partner des Sportes feiern.

Herr Dr. Wolf, ich kann nur vermuten, dass Sie den Präsidenten des LandesSportBundes zu dieser Pressemitteilung nach dem Motto „Wenn Sie jetzt Ihre Dankbarkeit nicht öffentlich zeigen, dann kürzen wir Ihnen im nächsten Jahr noch mehr“ genötigt haben. Dieses Vorgehen, erst zu kürzen und sich dann feiern zu lassen, ist eine ziemliche Unverfrorenheit.

Festzustellen ist: Nach diesem Änderungsantrag, der nur das Größte repariert, bleiben die strukturellen Defizite im Sporthaushalt. Und ich prophezeie Ihnen: Im nächsten Jahr diskutieren wir exakt an dieser Stelle dieselben Probleme.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein anderes Thema, das im Sport zurzeit hochaktuell ist, aber seinen Niederschlag leider nicht im Sporthaushalt gefunden hat, ist die zunehmende Gewaltbereitschaft gerade im Fußballsport.

Nur zwei Beispiele vom letzten Wochenende: Es gab Krawalle um das Spiel Bochum gegen Köln mit gezählten 600 Kölner Randalierern. Sogenannte Hamburg-Fans treffen sich auf halbem Wege nach Mainz auf dem Bielefelder Hauptbahnhof, um dort Randalie zu machen.

Hierüber wurde berichtet. Worüber nicht oder nur selten berichtet wird, ist die Tatsache, dass sich die Gewalt und die Gewaltbereitschaft bis in die untersten Ligen durchzieht. Selbst Jugendspiele sind mittlerweile bedroht. So musste auch am letzten Wochenende das Jugendspiel Schalke gegen Borussia Dortmund abgebrochen werden – abgebrochen und nicht unterbrochen –, weil verfeindete Fangruppen aufeinander losgingen und sich gegenseitig mit Feuerwerkskörpern beschossen.

Da kann man nur feststellen: Die Gewaltbereitschaft nimmt immer neue Formen an, und die Täter werden immer jünger; 14-jährige sind keine Seltenheit. Vor diesem Hintergrund hätte ich gerne – vor allem weil das Problem schon lange bekannt ist – Geld für Präventionsmaßnahmen im Sporthaushalt gefunden. Doch Fehlanzeige!

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Der Gewaltforscher Prof. Pitz, der in der letzten Sportausschusssitzung unser Gast war, hat in einem Interview mit der „WAZ“ in dieser Woche beklagt, dass an den Fanprojekten gespart wird. Was aus meiner Sicht aber viel schlimmer ist, ist die Tatsache, dass die Vereine mit dieser Problematik alleingelassen werden.

Ich sage hier: Wenn wir die Gewaltspirale um den Fußballsport stoppen wollen, dann dürfen wir die Schlägereien nicht nur beklagen, sondern dann müssen wir präventiv wirken. Vor allem müssen wir

Geld in die Hand nehmen. Anders kriegen wir die Problematik nicht in den Griff – nicht mit guten Worten und auch nicht mit Polizeiaktionen und Strafen. Das zeigt die Erfahrung. Deshalb kündige ich schon jetzt eine Initiative der SPD-Fraktion an, die sich mit der zunehmenden Gewalt um den Fußballsport befassen wird.

Zum Schluss stelle ich für diesen Sporthaushalt 2010 fest:

Erstens. Dem Sport fehlt bei dieser Landesregierung die Planungssicherheit.

Zweitens. Der Haushalt 2010 knüpft an die völlig unterfinanzierten Sporthaushalte der Vorjahre an.

Drittens. Verlässlichkeit sieht anders aus. – Danke schön.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Peschkes. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der CDU der Kollege Müller das Wort. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Holger Müller (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Peschkes, nach dieser Rede muss man sich schon die Frage stellen, in welchem Paralleluniversum Sie eigentlich leben.

(Beifall von CDU und FDP)

Jetzt mal zurück zur sportpolitischen Wirklichkeit.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das war die Wirklichkeit!)

– Das war nicht die Wirklichkeit. Ich zitiere aus der Pressemeldung des LandesSportBundes – die hat Ihnen wehgetan, das ist mir klar –:

Die Regierungsparteien CDU und FDP haben gezeigt, dass sie unsere Anstrengungen und unser Engagement nicht nur schätzen, sondern auch konkret fördern. Dass das Land es nun trotz wirtschaftlich schwieriger Rahmenbedingungen geschafft hat, uns von Kürzungen zu verschonen, ist eine tolle Bestätigung für die Arbeit der Sportvereine und -verbände in unserem Land.

(Zuruf von Lothar Hegemann [CDU])

Wir haben mit einem klaren Konsolidierungskurs des LandesSportBundes die notwendigen Zeichen gesetzt. Das ist nun von unseren politischen Partnern gewürdigt worden.

Wir sind den Landtagsfraktionen von CDU und FDP sowie dem Innenministerium zu großem Dank verpflichtet. Sie haben sich mit dieser Entscheidung als verlässliche Partner des Sports erwiesen.

Nun wird es darauf ankommen, dass wir ab 2011 zu einer neuen Form der Förderung kommen, die uns eine mehrjährige Planungssicherheit bietet.

Dieser Meinung sind wir auch. Herr Peschkes, was Sie zu dieser Presseerklärung des LandesSport-Bundes gesagt haben, ist eine gradenlose Unverschämtheit gegenüber dem LandesSportbund.

(Beifall von der CDU)

Über die Politik können wir sicherlich diskutieren.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Müller, wenn ich Sie ...

Holger Müller (CDU): Nein, heute nicht.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Heute nicht!)

Und nun zur sportpolitischen Wirklichkeit im Land Nordrhein-Westfalen. Wir haben Wort gehalten.

(Rüdiger Sagel [fraktionslos]: Ha!)

Die Bilanz von 2006 bis 2010:

Erstens. Fünf neue NRW-Sportschulen: Düsseldorf, Minden, Solingen, Münster, Dortmund.

Zweitens. Sportstättenfinanzierungsprogramm, 3 x 50 Millionen €.

Drittens. Programm „1.000 x 1.000“.

Viertens. Sportpauschale ungekürzt beibehalten.

Fünftens. Jugendbetreuerpauschale seit 2007 unverändert.

Sechstens. Bündnis für den Sport.

Siebtens. Stabilisierung der Sportstiftung.

Ich höre hier mal auf, weil die Redezeit so kurz ist. Sonst könnte ich sicherlich noch einige andere Maßnahmen aufführen.

Landessportplan: 153 Millionen € im Jahr 2009, 156 Millionen € im Jahr 2010. Das sind über 3 Millionen € mehr. Wie man da von einer Ausdünnung der Sportförderung sprechen kann, da muss man wirklich eine sehr merkwürdige Wahrnehmung der Wirklichkeit haben.

Übrigens: Seit 2005 haben wir 31 Millionen € mehr im Landessportplan. Das sind fast 25 %.

Herr Peschkes, Sie haben ein paar schöne Geschichten aus dem Leben erzählt. Wenn man keine Fakten hat, dann muss man irgendwas erzählen. Bezüglich der Gewalt haben Sie durchaus recht. Also plaudern wir mal locker dahin. Ich habe hier Fakten gebracht. Ich frage mich allen ernstes: Wo – in welchem Stadion – laufen Sie eigentlich? Fest steht, dass Sie hinterherlaufen.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich kann Ihnen nur empfehlen, dass Sie nicht den Blickkontakt verlieren, sonst haben wir Sie bald überrundet. Sie sind von der Realität meilenweit entfernt.

(Beifall von CDU und FDP)

Da wir Ihre Argumentation seit Jahren kennen, halten wir uns damit gar nicht lange auf. Denn wir müssen mit dem Schlechten leben und Gutes tun. Deshalb ist unser Erfolgskonzept: nicht meckern, sondern machen. Da können Sie reden, was Sie wollen. Wir machen. Unsere Partner erkennen das auch an. Das tut natürlich weh; das gebe ich zu.

(Hans-Theodor Peschkes [SPD]: Alaaaf!)

Ich stelle also fest: Wir, CDU und FDP – insbesondere die CDU –, waren, wir sind ...

(Hans-Theodor Peschkes [SPD]: Hoho!)

– Ich spreche nicht für die FDP; ich bin Sprecher der CDU.

(Minister Armin Laschet: Da hat er recht!)

Aber eines steht fest: Machen Sie sich keine Sorge. Die Zusammenarbeit zwischen CDU und FDP ist im Sport dermaßen gut, da können Sie sich auf den Kopf stellen,

(Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

Sie erreichen nichts. Machen Sie sich keine Gedanken darüber.

Wir waren, wir sind und wir bleiben der verlässliche Partner des Sports. Im Gegensatz zu Ihnen: Bei uns ist der Sport auch zuhause. – Schönen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Müller. – Als nächster Redner hat Herr Abgeordneter Rasche für die Fraktion der FDP das Wort. Bitte schön, Herr Kollege Rasche.

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

Christof Rasche (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Ob wir uns das Haushaltsjahr 2010 anschauen oder gut sechs Monate vor der Landtagswahl eine Bilanz ziehen, eines steht fest:

(Zuruf von Rüdiger Sagel [fraktionslos])

FDP und CDU sind verlässliche Partner der Sportlerinnen und Sportler in Nordrhein-Westfalen, und Nordrhein-Westfalen ist das Sportland Nummer eins in Deutschland. Insgesamt wird in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2010 die Sportförderung um rund 3 Millionen € erhöht.

Meine Damen und Herren, interessant ist ein Vergleich zwischen dem letzten Landessportplan unter Rot-Grün im Jahr 2005 mit einem Volumen von

125 Millionen € und dem Sportplan im Jahr 2010 in einer Größenordnung von 156 Millionen €.

(Holger Müller [CDU]: Das sind die Fakten!)

Das ist eine satte Steigerung um rund 25 %. Zur erfolgreichen Sportbilanz dieser Koalition gehört das „Bündnis für den Sport“ gemeinsam mit dem LandesSportBund. Bei allen Problemen, die zu lösen sind – es passt einfach zwischen Koalition, Regierung und LandesSportBund.

Mit dem Sportstättenfinanzierungsprogramm unterstützen wir mit zinsbegünstigten Krediten in Höhe von 150 Millionen € den Aus- und Umbau und die Sanierung von Sportstätten. Für die über 38.000 Sportstätten in Nordrhein-Westfalen stehen den Kommunen jährlich 50 Millionen € aus der Sportpauschale zur Verfügung. Für die Projektförderung für herausragende Sportstätten stehen nochmals 12,3 Millionen € zur Verfügung. Wir leiten aus dem Konjunkturprogramm II 84 % der Mittel direkt an die Kommunen weiter; eine Rekordquote in Deutschland. Hiervon profitiert auch die Sportinfrastruktur in den Kommunen, aktuell mit 285 Millionen €.

Mit dem Handlungsprogramm 2015 „Sport und Gesundheit“ fördern Land und der LandesSportBund Nordrhein-Westfalen die Gesundheit der Menschen in NRW. Einen wichtigen Bestandteil bildet das Programm „1.000 x 1.000 – Anerkennung für den Verein“. Auch hier werden wir 2010 kontinuierlich weiterarbeiten.

Mehr als 5 Millionen Mitglieder in rund 20.000 Sportvereinen bilden ein wichtiges Rückgrat unserer Gesellschaft. Mit der Zertifizierung des Ehrenamtes im Sport – auch das haben wir eingeführt – und mit einer konstanten finanziellen Förderung anerkennen und unterstützen wir diese wichtige gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Wir stellen für die Förderung der Übungsarbeit und das Ehrenamt in Sportvereinen 2010 insgesamt 7,4 Millionen € zur Verfügung, und durch die Gründung von fünf Sportschulen in Dortmund, Münster, Düsseldorf, Solingen und Minden fördern wir frühzeitig und professionell hoch talentierte Sportler in Nordrhein-Westfalen.

Meine Damen und Herren, auch der Leistungssport ist neben dem Breitensport von hoher Bedeutung in unserem Land. Mit der Unterstützung des Forschungszentrums „Momentum“ in Köln mit einer halben Million Euro, mit 3,2 Millionen € für die Sportstiftung NRW und mit verbesserten Bedingungen für die Leistungssportler an Universitäten oder im Staatsdienst leisten wir unseren Beitrag, damit Nordrhein-Westfalen die Hochburg im Leistungssport bleibt.

Ein Thema in den vergangenen Wochen und Monaten war natürlich die finanzielle Ausstattung des LandesSportBundes. Auch hier sind wir zu einem Ergebnis gekommen und haben damit die weitere

finanzielle Sicherung des LandesSportBundes in Nordrhein-Westfalen gewährleistet. Der Präsident des LandesSportBundes, Walter Schneeloch, hat diese zuverlässige Unterstützung durch FDP und CDU deutlich gewürdigt. In einer Pressemitteilung vom 13. November 2009 erklärt er:

Dass das Land es nun trotz wirtschaftlich schwieriger Rahmenbedingungen geschafft hat, uns von Kürzungen zu verschonen, ist eine tolle Bestätigung für die Arbeit der Sportvereine und -verbände in unserem Land. ... Wir sind den Landtagsfraktionen von CDU und FDP sowie dem Innenministerium NRW zu großem Dank verpflichtet. Sie haben sich mit dieser Entscheidung als verlässliche Partner des Sports erwiesen ...

(Rainer Schmelzer [SPD]: Liest der Sportminister das gleich auch noch mal vor? – Zuruf von Ewald Groth [GRÜNE])

Meine Damen und Herren, das ist ein Zitat des Präsidenten des LandesSportBundes, Walter Schneeloch. Viel stärker kann man die Arbeit dieser Koalition und dieser Regierung im Sport nicht würdigen. Das ist eine Erfolgsbilanz für die große Sportfamilie Nordrhein-Westfalens. Ich sage Glückwunsch und meinen Dank an den Sportminister Ingo Wolf.

(Widerspruch von Rainer Schmelzer [SPD])

Der Sport ist bei dieser Koalition gut aufgehoben. Die Sportlerinnen und Sportler in diesem Land können sich auf FDP und CDU verlassen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Rasche. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht der Kollege Groth.

Ewald Groth (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch in diesem Jahr musste der LandesSportBund wieder zittern, denn es waren Kürzungen von 2,1 Millionen € ausgebracht. Das Positive an dem Ergebnis ist nur, dass die Koalition in der Lage ist, vor der dritten Lesung eine Lösung vorzulegen. Im letzten Jahr mussten wir bis auf den allerletzten Drücker warten, bis das geheilt wurde.

(Zuruf von Holger Müller [CDU])

Wenn ich anstelle des LandesSportBundes wäre, jedes Jahr die Kürzungen zu erwarten hätte und immer wieder mithilfe der Oppositionsfraktionen dagegen kämpfen müsste ...

(Lachen von CDU und FDP)

– Wir Grünen haben den Antrag als Erste gestellt,

(Beifall von den GRÜNEN)

wie immer in dieser Frage, um die Kürzungen wieder auszugleichen.

Wenn man das Geld dann doch noch bekommt, würde ich mich an Stelle des LandesSportBundes auch bedanken.

(Holger Müller [CDU]: Dann tun Sie das doch!)

Wissen Sie, warum, Herr Müller? Sonst liefe ich Gefahr, im nächsten Jahr die doppelte Kürzung oder überhaupt keinen Ausgleich mehr zu bekommen. Das ist ein Problem.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Sie haben kein Vertrauen mehr. Das ist aus meiner Sicht jedenfalls das Ergebnis dieses Verfahrens, das Sie jedes Jahr wieder zelebrieren.

(Zurufe von Axel Wirtz und Holger Müller [CDU])

Ich würde sehr freundlich kommentieren, wenn ich sagen würde: Sie haben soeben noch einmal die Kurve gekriegt. Mehr ist das doch nicht. Kraftvolles Regieren sieht doch gerade im Sinne des Sports ganz anders aus, Herr Müller und Herr Rasche.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Der Sport in NRW hat das jedenfalls nicht verdient. Was er verdient hätte, können Sie in den Sonntagsreden des Innenministers und des Ministerpräsidenten ganz genau nachlesen. Ernst gemeint ist das aber nicht, wie man bei den Haushaltsverhandlungen sieht. Der Sport und seine Integrationsfähigkeit, die Prävention für die Gesundheit der Bevölkerung sowie die wichtige Arbeit der Ehrenamtlichen werden gelobt. Aber wenn es am Ende um das Geld geht, dann ist der Sport nicht mehr so viel wert, wie er in den Sonntagsreden beschrieben wird.

Als Grüne geht es uns darum, für die nächsten Jahre eine Planungssicherheit zu schaffen. Das hätte längst geschehen müssen. Wir wissen, dass die Glücksspieleinnahmen hinauf und herunter gehen. Im Moment gehen sie eigentlich nur noch herunter. Die Destinatäre – auch der Sport – brauchen einen sicheren Plafond, durch den sie Planungssicherheit haben.

Wir Grüne werden uns dem verstärkt annehmen. Im Januar oder spätestens im Februar treffen wir uns mit den Destinatären. Ich lade Sie gerne ein, mitzutun, eine Lösung zu finden, wie man den Destinatären tatsächlich Planungssicherheit geben kann. Die Koalition aus CDU und FDP jedenfalls bleibt weiterhin untätig. Die Destinatäre aber brauchen Handlungssicherheit.

(Beifall von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir sehen aber auch anderen Handlungsbedarf, nämlich beim Schwimmenlernen. Das werden wir im Januar im Aus-

schuss besprechen; ich will das jetzt nur kurz andeuten.

Wir halten auch an unserer Kritik fest, dass neben das erfolgreiche Verbundsystem Schule und Leistungssport noch diese seltsamen NRW-Sportschulen gesetzt worden sind. Mein Vorgänger, Dr. Vesper, hat zu Recht dagegegehalten. Aber auch wir werden uns in der nächsten Ausschusssitzung dieses Themas annehmen. Wir Grüne wollen eine Konzentration und eine weitere Optimierung – keine Zersplitterung – des Verbundsystems mit unseren Eliteschulen des Sports an der Spitze und kein weiteres, danebengesetztes System. Das muss aufhören.

In den letzten Jahren aber hat auch im Sport die Eventkultur Einzug gehalten: Fototerminen von Minister Wolf und Ministerin Sommer als Ersatz für eine solide sport- und schulsportpolitische Basisarbeit. Mehr Sportlehrerinnen und Sportlehrer, mehr und bessere Sportstätten –

(Axel Wirtz [CDU]: Mehr als zu Ihrer Zeit!)

das sind die harten Fakten, meine Damen und Herren, die Sie vermissen lassen. Die Verantwortlichen im Sport im Land hätten das von Ihnen erwarten dürfen und erwarten das immer noch. Weniger Karneval bzw. weniger Show und stattdessen mehr Geld bzw. mehr Arbeit an den tatsächlichen Problemen, die wir im Sport haben: Das darf man erwarten. Das sollte das Motto für eine kräftige Sportpolitik in Nordrhein-Westfalen sein. Sie handeln im umgekehrten Sinne.

In diesem Sinne hoffe ich auch, dass das Geld für den Vereinskongress im Februar – eine ganze Menge Geld – nicht nur in der Darstellung von Herrn Minister Wolf, Herrn Ministerpräsidenten Rüttgers und dem RWE-Riesen gut angelegt ist, sondern dass auch wirkliche Impulse für die Arbeit in den Sportvereinen gegeben werden. Den engagierten Verantwortlichen in unseren Vereinen wird man keinen Sand in die Augen streuen können. Die Ehrenamtler vor Ort wissen, wo der Schuh drückt, was für die Arbeit vor Ort hilfreich ist und was nicht. Allein mit Events kommen Sie an dieser Stelle nicht weiter. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Groth. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Dr. Wolf.

Dr. Ingo Wolf, Innenminister: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wie man angesichts einer Haushaltssteigerung von 52,4 auf 57,5 Millionen € in fast fünf Jahren von einer schlechten Entwicklung sprechen kann, entzieht sich meiner Erkenntnis. Herr Peschkes, wahr-

scheinlich haben Sie die Zahlen irgendwie durcheinander gebracht. Wir setzen hier einen ganz deutlichen Schwerpunkt beim Sport und widmen ihm auch die absolute Aufmerksamkeit.

Bei der Frage der sogenannten Kürzungen beim LSB geht es um eine Haushaltszahl, die sich bei der Erstaufstellung natürlich an der Durchleitung der Mittel richten muss – da ist der Finanzminister auch gar nicht zu tadeln –, die bei den Sportwetten letztendlich zu erwarten sind. Das ist eine Systematik, die Sie nicht wollten, die aber zeigt, dass wir natürlich durchleiten und nichts beim Finanzminister kleben bleibt. Sind allerdings die Wetteinnahmen rückläufig, dann muss man sich diesem Problem stellen.

Dass Haushaltsansätze zunächst einmal niedriger sind und später erhöht werden, ist doch nichts Neues. Ich darf Sie einmal auf das Jahr 2003 verweisen. Damals war der Hausaufstellungsansatz für die Übungsleiterpauschale Null, und anschließend hat sich die rot-grüne Regierung nach mühsamen Verhandlungen mit den Fraktionen entschieden, wieder etwas einzusetzen. Wir haben ein kleines Delta ausgeglichen, und zwar so, dass alle zufrieden sein können.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Dr. Ingo Wolf, Innenminister: Nein. – Dass hier nun der Vorwurf der Nötigung erhoben wird, schlägt dem Fass nun wahrlich den Boden aus, meine Damen und Herren.

(Beifall von CDU und FDP)

Das ist an Dreistigkeit nicht zu überbieten. Sie behaupten, dass sich der Präsident des LandesSport-Bunds zu einer Presseerklärung nötigen lässt. Ja, wo leben Sie denn überhaupt? Das ist wirklich eine Unverfrorenheit ersten Ranges, über die wir sicherlich mit Ihnen noch einmal diskutieren werden, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP)

Das ist parlamentarische Arbeit. Wenn Geld fehlt, dann muss nach einem Ausgleich gesucht werden, und das haben wir geschafft. Das ist der Erfolg dieser Regierungsfaktionen und der Regierung.

Meine Damen und Herren, als Herrn Peschkes dann nichts mehr einfiel, kam er auf die Verknüpfung des Sports mit dem Thema Gewalt. Es ist doch gar nicht zu bestreiten, dass das in einigen Fällen ein Problem ist. Wir wollen aber auch nicht so tun, als würde es in den Tausenden Spielen an jedem Wochenende nicht ganz überwiegend friedlich zugehen. Den wenigen kritischen Auseinandersetzungen widmen wir uns natürlich. Das ist aber eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die wir in der Regierung gemeinsam angehen. Der Kollege La-

schet hat in seinem Haushalt zum Beispiel 0,5 Millionen € für Fanprojekte vorgesehen. Der DFB hat eine ganze Reihe von Fanprojekten auf die Schiene gesetzt, die erfolgreich laufen. Dennoch müssen wir um jeden einzelnen jungen Menschen, aber auch um irriternde Erwachsene kämpfen, die die Freude am Sport mit der körperlichen Auseinandersetzung mit den gegnerischen Fans verwechseln. Darüber sind wir uns einig. Das tun wir. Das ist nicht nur Polizeiaufgabe, sondern das ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Nun noch ein Wort zum Schwimmen. Wie Sie wissen, ist das eines meiner Lieblingsthemen. Ich habe die Initiative „Ab jetzt für immer Schwimmer“ hier in Nordrhein-Westfalen gestartet.

(Hans-Theodor Peschkes [SPD]: Sie schwimmen doch die ganze Zeit! – Zuruf von Ewald Groth [GRÜNE])

Nur ganz am Rande möchte ich Sie einmal daran erinnern, Herr Groth, dass in Ihrer Regierungszeit im Jahr 2003 mit 122 die höchste Zahl von Ertrinkungstoten zu beklagen war.

(Zuruf: Die haben wir alle gedöppt!)

Im Jahre 2009 sind es Gott sei Dank nur noch 48. Lassen Sie doch bitte hier die „Alarmismus“-Meldungen.

(Zuruf von Heike Gebhard [SPD])

Wir haben eine Menge getan. Wir haben eine steigende Zahl von Schwimmzeugnissen der DLRG.

(Zuruf von Ewald Groth [GRÜNE])

Wir haben mittlerweile Migrantinnen zu Schwimmlehrerinnen ausgebildet, damit diejenigen, die Schwierigkeiten haben, an einem öffentlichen Schwimmkurs teilzunehmen, sozusagen außerhalb der Öffentlichkeit schwimmen lernen können. Wir sind da auf einem sehr guten Weg. Wir brauchen Ihre Unterstützung in keiner Weise. Der Sport ist in der Tat bei dieser Regierung und den sie tragenden Fraktionen in guten Händen. –Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Wolf. – Ich sehe jetzt keine weiteren Wortmeldungen. Wir sind am Schluss der Beratung zu Einzelplan 03 und kommen zur Abstimmung, erstens über die Änderungsanträge mit den laufenden Nummern 1 bis 9 entsprechend der Ihnen vorliegenden Übersicht und zweitens über die Beschlussempfehlung zum gesamten Einzelplan.

Zunächst stimmen wir ab über den **Änderungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/10266**. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Die Grünen und die SPD. Wer ist dagegen? – FDP und CDU. Enthält sich jemand? – Herr

Sagel enthält sich. Damit ist der Änderungsantrag **abgelehnt**.

Ich lasse jetzt abstimmen über den **Änderungsantrag** der Fraktion der SPD **Drucksache 14/10233**. Wer stimmt dem Antrag zu? – Die SPD und die Grünen. Wer stimmt dagegen? – CDU und FDP. Enthält sich jemand? – Es enthält sich Herr Sagel. Damit ist der Änderungsantrag **abgelehnt**.

Ich lasse abstimmen über **Änderungsantrag** der Fraktion der Grünen **Drucksache 14/10267**. Wer stimmt dem Antrag zu? – Die Grünen und die SPD. Wer stimmt dagegen? – CDU und FDP. Enthält sich jemand? – Herr Sagel enthält sich. Damit ist der Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir kommen zur Abstimmung über den **Änderungsantrag** der Fraktion der Grünen **Drucksache 14/10268**. Wer stimmt dem Antrag zu? – Die Grünen und die SPD. Wer stimmt dagegen? – CDU und FDP. Enthält sich jemand? – Herr Sagel enthält sich. Der Antrag ist damit **abgelehnt**.

Wir stimmen jetzt ab über den **Änderungsantrag** der Fraktion der Grünen **Drucksache 14/10269**. Wer stimmt dem Antrag zu? – Die Grünen und die SPD. Wer stimmt dagegen? – FDP und CDU stimmen dagegen. Wer enthält sich? – Herr Sagel enthält sich wieder. Der Antrag ist **abgelehnt**.

Jetzt stimmen wir ab über den **Änderungsantrag** der Fraktion der SPD **Drucksache 14/10234**. Wer stimmt dem Antrag zu? – Die SPD. Wer stimmt dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – Es enthalten sich die Grünen und Herr Sagel. Damit ist auch dieser Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen **abgelehnt**.

Es folgt die Abstimmung über den **Änderungsantrag** der Fraktion der Grünen **Drucksache 14/10270**. Wer stimmt dem Antrag zu? – Grüne und SPD. Wer stimmt dagegen? – CDU und FDP. Enthält sich jemand? – Es enthält sich Herr Sagel. Der Antrag ist damit **abgelehnt**.

Abstimmung über den **Änderungsantrag** der SPD **Drucksache 14/10235**: Wer stimmt dem Antrag zu? – SPD, Grüne und Herr Sagel. Wer stimmt dagegen? – CDU und FDP. Enthält sich jemand? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag mit Mehrheit **abgelehnt**.

Wir stimmen ab über den gemeinsamen **Änderungsantrag** der Fraktionen von SPD und Grünen **Drucksache 14/10236**. Es handelt sich um einen **Neudruck**, auf den ich gesondert hinweise. Wer stimmt zu? – SPD, Grüne und der fraktionslose Abgeordnete Herr Sagel. Wer stimmt dagegen? – CDU und FDP. Enthält sich jemand? – Das ist nicht der Fall. Damit ist auch dieser Antrag **abgelehnt**.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Einzelplan 03 entsprechend der **Beschlussempfehlung** in der **Drucksache 14/10203**. Wer stimmt dem Einzelplan 03 zu? – CDU und FDP. Wer stimmt

dagegen? – SPD, Grüne und Herr Sagel. Enthält sich jemand? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Beschlussempfehlung mit der Mehrheit des Hauses **angenommen** und der **Einzelplan 03 verabschiedet**.

Wir kommen zum

Einzelplan 05 Ministerium für Schule und Weiterbildung

Ich rufe auf als Sprecherin für die SPD-Fraktion Frau Kollegin Schäfer.

Ute Schäfer (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Liebe Gäste! Meine Damen und Herren von der CDU und der FDP, Sie wollten in der Bildungspolitik vieles anders machen, haben aber in den vergangenen Jahren nichts besser gemacht. Vor allem haben Sie nichts von dem gemacht, was Sie vorher versprochen hatten.

Symptomatisch war der bildungspolitische Profilierungsversuch des Ministerpräsidenten kurz nach der Regierungsübernahme. Er wollte ein Problem lösen, das gar keines war. Herr Rüttgers wollte sich als Retter der Zwergschulen, also der kleinen Grundschulen, feiern lassen und musste peinlicherweise feststellen: All seine Vorwürfe an Rot-Grün waren völlig haltlos. Das verantwortliche Ministerium hatte ihn mit dem falschen Textbaustein auf die politische Bühne geschickt. Damals konnte auch niemand nur erahnen, dass diese Pleite oder Panne zum Markenzeichen schwarz-gelber Bildungspolitik werden würde.

(Beifall von der SPD)

Im Jahre 2009, in diesem Jahr, kann man mit Fug und Recht sagen: Ihre Bildungspolitik ist auf ganzer Linie gescheitert.

(Beifall von der SPD)

Ihr stures Festhalten am mehrgliedrigen Schulsystem ist der deutlichste Beweis, dass Sie im bildungspolitischen Gestern verhaftet sind. Ihr mit Sicherheit größter Fehler – das ist überall in Nordrhein-Westfalen mit den Händen zu greifen – war die dilettantische Umsetzung des Turbo-Abiturs. Das Modell „9 plus 3“ hat fast die komplette Schulzeitverkürzung in die Sekundarstufe I verlagert. Eine unzumutbare Unterrichtsverdichtung für die unteren Klassen, keine ordentlichen Lehrpläne, keine passenden Schulbücher und keine Mittel für einen guten Ganztags – die fatalen Folgen Ihrer Bildungspolitik spüren Kinder und Eltern täglich: Unterricht bis in den Nachmittag ohne warmes Mittagessen, Hausaufgaben bis in die Abendstunden, keine Zeit für Hobbys, Freunde und Familie. Die Folge ist ein enormer Ansturm bei den Anmeldungen zu den Gesamtschulen.